Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 25 941
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Andreas Statzkowski (CDU)

vom 14. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 2020)

zum Thema:

Mehr Verkehr in die Wohnstraßen Westends durch die Grüne Verkehrssenatorin – Ausfahrt Kaiserdamm, Teil 35

und **Antwort** vom 22. Dez. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Dez. 2020)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Andreas Statzkowski (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25941
vom 14. Dezember 2020
über Mehr Verkehr in die Wohnstraßen Westends durch die Grüne Verkehrssenatorin – Ausfahrt Kaiserdamm, Teil 35

Der Senat ist sich des Stellenwerts des Fragerechts der Abgeordneten bewusst und die Beantwortung Schriftlicher Anfragen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses nach Artikel 45 Absatz 1 der Verfassung von Berlin hat eine sehr hohe Priorität. Gegenwärtig konzentriert der Senat seine Arbeit und seinen Ressourceneinsatz aber auf die Bekämpfung der infektionsschutzrechtlichen Gefährdungslage für die Berliner Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage im Namen des Senats von Berlin wie folgt:

Frage 1:

Wie lange dauert die Schließung der Anschlüsse Messe/ICC bzw. wie lange wird die Ausfahrt Knobelsdorffstraße bzw. Spandauer Damm dafür in Anspruch genommen und mit welchem zusätzlichen Verkehr ist dabei zu rechnen?

Antwort zu 1:

Nach dem derzeitigen Planungsstand muss die Anschlussstelle (AS) Messedamm/ICC für die ersten 3 bis 5 Baujahre zur Aufrechterhaltung des Verkehrs auf der Stadtautobahn (Behelfsautobahn) geschlossen werden. In dieser Zeit steigt die Verkehrsbelastung an der Anschlussstelle Spandauer Damm in der Spitze um ca. 15 % und an der Anschlussstelle Kaiserdamm um ca. 30 %.

Frage 2:

Welche baulichen Vorkehrungen sind geplant, um insbesondere den LKW-Verkehr (insbesondere während der Bauphase) die Durchquerung der Wohngebiete in Alt-Westend bzw. durch das Wohngebiet um den Klausener Platz zu verhindern?

Antwort zu 2:

Zur verträglichen Abwicklung des Verkehrs während der Bauzeit ist an der AS Kaiserdamm ein Einbahnstraßenring mit gleichzeitigem Durchfahrtverbot in die Erschließungsstraßen östlich der Sophie-Charlotte-Straße geplant. Für die Straßen in Alt-Westend werden voraussichtlich keine weiteren Maßnahmen erforderlich, da – mit Ausnahme des Kaiserdamms – keine wesentlichen Verkehrszunahmen prognostiziert werden.

Frage 3:

Welche Möglichkeiten zur dauerhaften Einhaltung vorhandener Vorschriften sieht die zuständige Behörde bezüglich der Platanenallee (Einhaltung des LKW-Verbots) und der Knobelsdorffstraße (Spielstraße)?

Antwort zu 3:

Zur Einhaltung vorhandener Vorschriften müssen vor allem Kontrollen durch die Ordnungsbehörden durchgeführt werden.

Frage 3:

Worauf begründet sich die Auffassung des Senats nach einem gleichen Verkehrsaufkommen in den Wohnbereichen trotz Schließung der Ausfahrt Halenseestraße?

Antwort zu 3:

Die vorhandenen Ein- und Ausfahrten der Anschlussstelle Messedamm/ICC zwischen A 100 und der Halenseestraße sollen durch die neue Anschlussstelle Messedamm ersetzt werden. Durch diesen Umbau des Autobahndreiecks entsteht insgesamt kein zusätzlicher Verkehr. Der Verkehr, der die Anschlussstellen im Umfeld des Autobahndreiecks Funkturm benutzt, ist maßgeblich städtischer Quell- und Zielverkehr. Der Verkehr wird sich voraussichtlich etwas anders verteilen. Die Wohngebiete sind jedoch weiterhin über das Hauptverkehrsstraßennetz erschlossen. Auch der Verkehr an der Halenseestraße gelangt z. B. über die Verbindung Messedamm-Masurenallee-Theodor-Heuss-Platz in die Wohngebiete.

Frage 4:

Wie ernst nimmt der Senat die Sorgen der Anwohner und warum werden Schreiben der BI Alt-Westend vom zuständigen Staatssekretär nicht beantwortet?

Antwort zu 4:

Der Senat nimmt die Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner sehr ernst und ist bemüht, alle Anfragen zu beantworten. Die Nachbarschaftsinitiative Alt-Westend ist dem Senat bekannt, er hat jedoch keine Kenntnis über ein zu beantwortendes Schreiben der

Nachbarschaftsinitiative oder einer Bürgerinitiative Alt-Westend.

Berlin, den 22.12.2020

In Vertretung

Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz